

Stadt Haan

Niederschrift über die

13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan

am Donnerstag, dem 16.11.2023 um 17:05 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:05

Ende:
19:26

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

AM Brigitte Heuser
Stv. Klaus Mentrop
AM Henrik Radtke
AM Johannes Woike

Vertretung für Stv. Annette Leonhardt

ab TOP 3

SPD-Fraktion

AM Dr. Frederike Dickmans
Stv. Martin Haesen
Stv. Simone Kunkel-Grätz

ab TOP 7

WLH-Fraktion

Stv. Nadine Lütz
Stv. Sonja Lütz
AM Dieter Terjung

Vertretung für Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Tabea Haberpursch
Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für AM Lucio Dröttboom

FDP-Fraktion

AM Eva-Lotta Dahmann

Vertretung für AM Dirk Raabe

Schriftführung

VA Fabian Beyer

Behindertenbeauftragte/r

Frau Gabi Bongard

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Behindertenbeauftragte/r

AM Dieter Smolka

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

VA Michael Schneider

VA Kornelia Frotz

StVD'in Doris Abel

StA Anja Esser

Personalrat

VA Carsten Butz

Gäste

Herr Alfred Babel

Stv. Annette Braun-Kohl

Stv. Nicola Günther

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:05 Uhr die 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Presse und die Gäste - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** schlägt vor, den TOP 1.1 auf einen späteren Zeitpunkt der Tagesordnung zu verschieben, da die Bürgermeisterin vom Termin im Ministerium mit aktuellen Informationen wiederkehrt (nachrichtlich: TOP 6.2).

Hierzu gibt es Einvernehmen.

STVDin Abel fragt an, ob die Politik sich heute in der Lage sehe, den TOP 8 zu beraten oder ob eine Schiebung in den HFA gewünscht werde.

Stv. Mentrop erklärt für die CDU-Fraktion, die Klausurtagung finde erst am morgigen Tag statt, weshalb man einer Verschiebung in den HFA zustimmen würde, ansonsten werde man sich enthalten.

Nachdem sich alle anderen Fraktionen vor allem mit dem Hinweis auf ein nötiges Votum des Fachausschusses geäußert hatten, erkennt der Vorsitzende **Stv. Stracke** Einvernehmen, den Haushalt zu beraten.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen zur Befangenheit vor.

2./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Hr. Sattler führt aus, im Vorfeld der Kirmes gemeinsam mit den Behindertenbeauftragten eine Begehung des Kirmesgeländes durchgeführt zu haben. Die überwiegend geringen Beanstandungen konnten meist schnell beseitigt werden. Das sonntägliche Kirmes-Kaffeetrinken für Senioren sei bei trockenem Wetter wieder voll besetzt gewesen. Er danke Hr. Beyer, der sich erstmals alleinverantwortlich für die Organisation zeichnete.

Die wahrscheinliche Schließung des Haaner Krankenhauses werde insbesondere für

alle Senior(inn)en viele Veränderungen mit sich bringen, auf die es sich einzustellen gelte. Hier werde der Runde Tisch eine Arbeitsgruppe installieren müssen, um diese fehlende Ressource aufzufangen. Sollte dies nicht gelingen, werde man diese Diskrepanz an den Verwaltungsvorstand spiegeln. Bzgl. Planung der Innenstadt gebe es eine Kooperation mit dem Jugendparlament und den Behindertenbeauftragten. Bei der jüngsten Begehung unter Anwesenheit des Betriebshofes sei festgestellt worden, dass es aufgrund von Kirmes, Feuerwehrzufahrten und neuem Marktbeschickungskonzept kaum Gestaltungsmöglichkeiten gebe. Um die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu verbessern, werde die Anzahl der Bänke in und zur Innenstadt noch einmal ausgeweitet. Nach Gesprächen mit der Verwaltung bzgl. Kürzungen von Zuschüssen an Vereine und Verbände als freiwillige Leistungen erwarte er erhebliche Probleme für die Aufgabenerfüllung der bisherigen Bezieher.

Der Vertrag mit der Moderatorin für die Runden Tische laufe Ende des Jahres 2024 aus. Um den Prozess ergebnisorientiert fortführen zu können, warte jede Menge Arbeit auf Verwaltung und Senior(inn)enbeirat.

Stv. Kunkel-Grätz erklärt für die SPD-Fraktion, es seien Themen angesprochen worden, die auch den Rat beschäftigen werden.

Beschluss:

Der Bericht der Seniorenbeirates wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung Vorlage: 50/022/2019/15

Protokoll:

Hr. Sattler verweist auf die Anlage. Es Sorge ihn, dass mit Wegfall der Moderation ab dem 01.01.25 eine ausreichende Dokumentation der Arbeitsergebnisse nicht mehr zu leisten sei. Es stünden noch einige Projekte an, zusätzlich bereite die wahrscheinliche Krankenhaus-Schließung zusätzliche Arbeit.

Bgo. Herz teilt mit, dass der Seniorenbeirat am heutigen Tage über eine Veränderung bei der Seniorenarbeit informiert worden sei. So habe der Verwaltungsvorstand aufgrund der problematischen Haushaltssituation verschiedene personalwirtschaftliche Maßnahmen abgestimmt, die u.a. eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre für freiwerdende Stellen beinhaltet. Eine Entscheidung habe bereits jetzt für die Wiederbesetzung der zum 01.01.2024 freiwerdende Stelle der Pflegewohnberatung getroffen werden müssen, auf der gesetzliche Pflichtaufgaben zu erledigen seien. In der Übergangszeit solle das Seniorenbüro hier gemeinsam mit einem Team aus dem Sozialamt tätig werden, dies in einem Zeitanteil von ca. 50%. Dies werde Auswirkun-

gen auf die Arbeit des Seniorenbüros und somit auch auf die Quartiersarbeit haben. Um die Bedeutung der Quartiersentwicklung hervorzuheben, habe die Verwaltung einen Umsetzungs- und Aktivitätenplan erstellt, welcher die Basis für die weitere Tätigkeit sein könne.

Hr. Sattler führt aus, erst mittags am heutigen Sitzungstage über die Pläne der Verwaltung informiert worden zu sein, obwohl hierfür ausreichend Zeit bestanden habe. Durch die geplante Reduzierung der Stelle um die Hälfte des Zeitanteils sei die anfallende Arbeit in Senior(inn)enbeirat und Quartiersentwicklung nicht mehr leistbar. Das Senior(inn)enbüro sei u.a. die Geschäftsstelle des Senior(inn)enbeirats und vertrete mehr als 10.000 Haaner Senior(inn)en in der kreisweit nach dem Altersmittel ältesten Stadt. Das Signal, das mit dieser Maßnahme nach außen gesendet werde sei, dass die Senior(inn)enarbeit unwichtig wäre. Es habe seinerzeit die Zusage von Fr. Dr. Warnecke und Fr. Formella gegeben, den Stellenanteil des Senior(inn)enbüros dauerhaft auf 1,0 zu belassen. Nun werde die Verwaltung wortbrüchig und zeige eine geringe Wertschätzung gegenüber dem Senior(inn)enbeirat. Zudem frage er sich, ob der anwesende Personalvertreter dazu befragt worden sei. Das angekündigte Konzept werde nicht mit der Verwaltung vereinbart, die Umsetzung erfolge allein durch die dort tätigen Akteure. Er sei maßlos enttäuscht über die fehlende Gesprächskultur. Der Senior(inn)enbeirat werde nun beraten, was künftig noch geleistet werden könne und dies in die Runden Tische tragen.

Bgo. Herz erklärt, der Verwaltungsvorstand habe sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Es gelte zu bedenken, dass auch die Pflege- und Wohnberatung ein Dienst für den älteren Menschen darstelle. Die Haushaltssituation zwinge auch zu schmerzhaften Einschnitten bei den freiwilligen Aufgaben, die pflichtigen Aufgaben seien zu erfüllen. Es würden hierzu noch Gespräche mit den Beteiligten geführt.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** wundert sich darüber, dass diese Maßnahme nicht unter den Konsolidierungsmaßnahmen des TOP 6 enthalten sei.

Bgo. Herz erläutert, die Maßnahme finde sich in den heute veröffentlichten Beratungsunterlagen zum kommenden DOPA.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** hätte es als Gebot der Fairness gegenüber dem SIGA empfunden, wenn die Verwaltung diese Information zu einem früheren Zeitpunkt gegeben hätte.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Bericht der Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Fr. Bongard berichtet von einer gut besuchten Hilfsmittelausstellung, die erst am Nachmittag unter nachlassendem Besucherinteresse gelitten habe. Es habe u.a. einen gut besuchten Vortrag zum Thema „Persönliches Budget“ gegeben. Leider sei kein Vertreter der hiesigen Politik vor Ort gewesen. Eine Wiederholung sei für 2024 fest eingeplant. Man wünsche sich einen Besprechungsraum im Neuen Rathaus, um die Sprechstunden abhalten zu können.

Hr. Smolka ergänzt, derzeit lebten 5200 Menschen mit Behinderung in Haan, davon 3200 Schwerbehinderte. Die derzeitige telefonische Sprechstunde unterliege Einschränkungen. Abschließend berichtet er vom Kino-Nachmittag für Senior(inn)en in Mettmann, der durch Freiwillige der Taschengeldbörse sehr empathisch unterstützt worden sei.

Beschluss:

Der Bericht der Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Einführung eines Sozialpasses - hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 07.08.23

Protokoll:

Stv. Kunkel-Grätz konkretisiert den SPD-Antrag dahingehend, dass der/die noch einzustellende Sozialplaner/in die Familien identifizieren solle, die anspruchsberechtigt für die Leistung seien. Anders als im Antrag vom 07.08.23 benannt, solle der Sozial-Pass vorerst nur für Familien zur Verfügung gestellt werden, die Leistungsbezieher von BuT-Leistungen (Leistungen zur Bildung und Teilhabe) seien. Mit diesem Vorratsbeschluss könne die Verwaltung bis zur Einstellung des/der Sozialplaners/in schon einmal entsprechende Vorbereitungen treffen.

Beschluss:

Die Verwaltung erstellt ein Konzept zur Einführung eines „Haan-Passes“. Die anspruchsberechtigten Familien sollen von dem/der noch einzustellenden Sozialplaner/in identifiziert werden.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung

6./ Konsolidierungspotenzial im Bereich des Amtes 50
Vorlage: 50/029/2023

Protokoll:

VA Schneider erläutert, er habe Kontakt mit den meisten von der Zuwendungskürzung betroffenen Vereinen und Verbänden aufgenommen. Die Telefonseelsorge z.B. habe in einer Rückmeldung dargelegt, dass diese es unter diesen Umständen nicht mehr für möglich halte, Supervisionsveranstaltungen durchzuführen, die AWO Ortsverband Haan habe die Befürchtung, viele Aufgaben und Angebote nicht mehr durchführen zu können und die Caritas hält Einschränkungen z.B. bei den präventiven Maßnahmen für möglich, aber nicht sinnvoll.

Stv. Kunkel-Grätz erklärt, die SPD-Fraktion werde diese Maßnahmen schon deshalb ablehnen, weil auch die Vereine und Verbände unter höheren Kosten litten. Die insgesamt 10.000 € Einsparung, die mit diesen Maßnahmen zu erreichen seien, helfen dem Haushalt auch nicht entscheidend. Gerade die Präventionsarbeit dürfe nicht wegfallen, sonst dürfe man sich über noch höhere Folgekosten nicht wundern. Auch Taschengeldbörse und Haaner Tafel machten angesehene Arbeit und könnten die Kürzungen nicht ohne Weiteres wegstecken.

Stv. Sonja Lütz bestätigt, auch die WLH-Fraktion lehne die Maßnahmen ab.

Für die GAL-Fraktion erklärt **Stv. Zerhusen-Elker** ebenfalls ihre Ablehnung. Es sei heute immer schwieriger Ehrenamtler zu finden, dies werde mit den vorgeschlagenen Maßnahmen noch weiter befeuert.

Auch die FDP-Fraktion lehnt die Maßnahmen ab.

STOVDin Abel betont, die 10.000 € seien ein Baustein, die Gesamtkonsolidierung zu schaffen. Wenn alle anderen Fachausschüsse ähnlich für ihren Fachbereich argumentierten, bliebe am Ende nur eine unpopuläre Steuererhöhung.

Stv. Mentrop erklärt, die CDU-Fraktion enthalte sich heute wegen der noch nicht durchgeführten Klausurtagung. Er spricht der Verwaltung seinen Dank für die Bemühung aus, einen Not-Haushalt zu verhindern.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** moniert, der Standardsatz zur Nachhaltigkeitseinschätzung sei hier offensichtlich falsch. Er wünsche sich eine kritischere Auseinandersetzung der Verwaltung mit dieser Vorgabe.

Beschluss:

Der SIGA nimmt die von der Verwaltung ermittelten Konsolidierungspotenziale für den Haushalt 2024 ff. zur Kenntnis und empfiehlt HFA und Rat die nachfolgenden Vorschläge abzulehnen:

1. Produkt 010100, Produktsachkonto 528190: Absenkung des Haushaltsansatzes Sachkosten des Seniorenbeirates von derzeit 2.500 EUR auf 2.000 EUR.
2. Produkt 050100, Produktsachkonto 531890: Verzicht auf den bisher gewährten Inflationsausgleich hinsichtlich der Zuschüsse der freien Wohlfahrtspflege (derzeit in Höhe von 7,2 %).
3. Produkt 050110, Produktsachkonto 531890: Absenkung der freiwilligen Zuschüsse für Vereine und Verbände pauschal um 5 %.
4. Produkt 050110, Produktsachkonto 529120: Senkung der Zuschüsse an den Caritasverband im Kreis Mettmann zur Durchführung von Maßnahmen zur Schuldenprävention um 3.000 EUR.
5. Produkt 050120, Produktsachkonto 542110: Senkung der Sachkosten der Behindertenbeauftragten in Höhe von 1.000 EUR um 10 %.

Abstimmungsergebnis:

keine Ja-, 10 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen

6.1. Sachstand zur Zuschussgewährung 2023

/ Vorlage: 50/031/2023

Protokoll:

VA Schneider berichtet, fast alle Anträge bzw. Rückmeldungen seien inzwischen eingegangen, bewilligt und ausgezahlt worden.

Hr. Sattler dankt der Verwaltung für ein unkomplizierteres Verfahren.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6.2. Aktuelle Lage Krankenhausschließung

/

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke berichtet vom Besuch einer Haaner Delegation im Düsseldorfer Gesundheitsministerium. Dort habe man präzise Fragen gestellt, z. B. wie es für Patienten und Rettungsdienste nach der Krankenhaus-Schließung weitergehe und zur Antwort erhalten, dass ein Konzept in Arbeit sei, nachdem Patienten und Rettungsdienste wüssten, wie zu handeln sei.

Es sei deutlich geworden, dass die k-plus-Gruppe nicht mit dem Ministerium besprochen habe, wie eine Notfallversorgung gewährleistet werden könne und dass man sich seitens des Ministeriums nur wenig Hoffnung auf Erhalt des Haaner Krankenhauses mache.

Sie arbeite für diesen Fall an einem Plan B, zu dessen Inhalt sie sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht äußern wolle.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** sieht im Verhalten der k-plus-Gruppe eine sehr verantwortungslose Handhabung und eine fehlende Wertschätzung für die betroffene Bevölkerung. Das christliche Menschenbild dieser katholischen Organisation sei nicht zu erkennen. So komme es zu der kuriosen Situation, dass das modernste der drei Krankenhäuser geschlossen werde.

Stv. Haesen sieht für die SPD-Fraktion nurmehr die Möglichkeit, einen parteiübergreifenden Protest zu organisieren. Insgesamt mache dieser Vorgang klar, dass das Gesundheitswesen chronisch unterfinanziert sei und nicht mehr nur auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtet werden müsse.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7./ Stellenplan 2024

hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle „Case Management im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM)“ im Stellenplan 2024 mit KW-Vermerk

Vorlage: 10/142/2023

Beschluss:

Der SIGA empfiehlt HFA und Rat der Stadt Haan, die Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 (S 12) für den Stellenplan 2024 für das Casemanagement im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagement im Amt 50 (Amt für Soziales und Integration Fachamt 50-2), dieses gefördert durch das Programm KIM und weitere Kreismitteln zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

8./ Haushaltsplanberatungen 2024; Soziales, Integration und Generationen

Vorlage: 20/102/2023

Protokoll:

Zunächst erfolgt die Abstimmung über die Veränderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2024:

050120.528120	Öffentlichkeitsarbeit	8 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen
050120.531890	sonst. Zuweisungen	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
050200.529190	sonst. Dienstleistungen	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
050300.533910	Sozialtransferaufwand	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
050300.543105	Beratungs- u. Gerichtskosten	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
050110.531890	sonst. Zuweisungen	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
050110.531890	sonst. Zuweisungen	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
100300.529190	sonst. Dienstleistungen	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
100400.543105	Beratungs- u. Gerichtskosten	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
010100.528190	sonst. Beratungsleistung	sh. TOP 6, abgelehnt

050200.414100	Zuweisungen v. Land	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
050200.533920	Regelleistung AsylbLG	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
050200.533921	lfd. Leistung anal. SGB XII	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
050200.533926	Krankenhilfe AsylbLG	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
050200.533932	Krankenhilfe AsylbLG	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen
100400.528150	bes. Betr.aufwand	11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen

Sodann werden die einzelnen Produktpläne beraten:

Auf eine Frage aus der SPD-Fraktion, ob eine Einsparung bei den Dolmetscher-Kosten für die Flüchtlinge und Asylbewerber gefahrlos möglich sei, erklärt **VA Schneider**, auch in den vergangenen Jahren habe es nicht zuletzt aufgrund der vielen ehrenamtlich tätigen Dolmetscher Restbestände auf diesem Produkt gegeben. Zudem habe sich die Abteilung 50-2 auf Empfehlung der Ausländerbehörde einen elektronischen Übersetzer angeschafft.

Auf die Nachfrage von **Stv. Kunkel-Grätz**, ob man auch auf Klagen vorbereitet sei, erklärt **VA Schneider**, es gab zuletzt nur einen sehr geringen Anteil an Klagen, welche die Stadt meist gewinnen konnte. Im Notfall müsse mit einem überplanmäßigen Antrag gearbeitet werden.

Stv. Kunkel-Grätz fragt bei Produkt 050120 nach dem Grund für die Erhöhung um eine halbe Stelle.

Antwort Verwaltung: Der Stellenzuwachs rührt von der Einrichtung der Teilzeitstelle KIM (siehe TOP 7) her.

Stv. Haesen möchte wissen, ob bei Produkt 050200 nicht eine Aktualisierung der Anzahl der Leistungsempfänger erforderlich sei. Zudem fragt er, warum es im Produkt 050300 eine Personalkostensteigerung zu verzeichnen gebe.

Antwort Verwaltung: Die Personalkostensteigerung im Produkt 050300 ist damit zu erklären, dass hier sowohl die Kosten für die derzeitigen Stelleninhaber_innen abgebildet sind, aber auch die Kosten, die durch den Eintritt der Kolleginnen und Kollegen in die Ruhephasen und den Mutterschutz verursacht sind.

Hr. Sattler erkundigt sich nach der Auflistung der um die Hälfte gekürzten Stelle Seniorenbüro.

Bgo. Herz erläutert, da es sich hierbei um eine vorübergehende Maßnahme handele, befinde sich diese unter den personalwirtschaftlichen Maßnahmen in der DOPA-Vorlage. Im Übrigen handele es sich nicht um eine Stellenkürzung

Beschluss:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2024 ausgewiesen dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen

9./ Aktuelle Lage Flüchtlingssituation
Vorlage: 50/030/2023

Protokoll:

Bgo. Herz führt aus, zur Unterbringung der Flüchtlinge seien erneut alle Möglichkeiten im Stadtgebiet geprüft worden. Letztlich habe im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung entschieden werden müssen und wurde u.a. beschlossen, die Turnhalle Bachstraße zu ertüchtigen, welche noch aus den Jahren 2015/16 gut eingerichtet gewesen sei. Im Gegensatz zur damaligen Situation sei dieses Mal mit einem mehrjährigen Unterbringungszeitraum zu rechnen.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** schlägt eine Besichtigung der Turnhalle vor der nächsten Sitzung des SIGA vor.

nachrichtlich: vor der nächsten SIGA-Sitzung am 28.02.24 findet um 16.15 h die Besichtigung der Turnhalle Bachstr. statt

Auf Nachfrage bestätigt **Bgo. Herz**, dass die Unterkunft Neandertalweg komplett belegt sei. Der Aufbau eines weiteren Stockwerkes an der Unterkunft Ellscheid sei geprüft, jedoch abschlägig beschieden worden.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung zur Flüchtlingssituation in Haan (Stand 26.10.2023) werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

nvernehmlich

10./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

11./ Mitteilungen

Protokoll:

VA Schneider erläutert, entgegen der ursprünglichen Befürchtungen habe sich der Zahl der Anträge auf Wohngeldleistungen im laufenden Jahr nicht verdreifacht. Die neuen Kolleg(inn)en seien gut aufgestellt, so dass das derzeitige vorhandene Personal zur Bearbeitung ausreiche, obwohl durch den größeren Empfängerkreis eine Vielzahl an zusätzlichen Einkommensprüfungen erforderlich sei.